



Landtag NRW • Charlotte Quik • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An
die Vertreterinnen
und Vertreter
der Medien
im Kreis Wesel

Charlotte Quik

Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in der
Kinderschutzkommission des Landtags NRW

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884 - 4328
Telefax: (0211) 884 - 3129
E-Mail: charlotte.quik@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 31.10.2023

Pressemitteilung

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kommunen erneut bei der Unterbringung von Geflüchteten – Über 18 Millionen Euro fließen in den Kreis Wesel

Die anhaltend hohen Zahlen neuer Flüchtlinge stellen insbesondere die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und auch im Kreis Wesel vor große Herausforderungen. Dabei geht es nicht nur um ein Dach über dem Kopf, es geht auch um Integration. Die Landesregierung hat zuletzt Ende September zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden konkrete Vereinbarungen in der aktuellen Krise getroffen. Das Land wird weitere 808 Millionen Euro zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge an die Kommunen auszahlen. „Für den Kreis Wesel ergibt sich daraus eine Zuweisung von über 18 Millionen Euro“, teilt die Landtagsabgeordnete Charlotte Quik mit. Land und Kommunen verpflichten sich zudem gemeinsam zur Schaffung weiterer UnterbringungsKapazitäten.

„Das Land Nordrhein-Westfalen wird seiner Verantwortung gerecht“, so Charlotte Quik. „Wir stellen den Kommunen in Nordrhein-Westfalen mehr als 800 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen. Der Kreis Wesel und die 13 Kommunen im Kreis profitieren insgesamt mit 18.608.592 Euro. Mittlerweile zahlt Nordrhein-Westfalen fast das Dreifache dessen an die Kommunen, was vom Bund kommt. Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung dagegen wieder einmal nicht gerecht. Die Zahl der geflüchteten Menschen steigt, der Bund hat aber angekündigt, für 2024 seine Unterstützung an die Bundesländer und Kommunen drastisch reduzieren zu wollen. Das ist der falsche Weg! Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aller Bundesländer fordern ein atmendes und auskömmliches Finanzierungssystem. Die Leistungen des Bundes müssen sich an der Zahl der Flüchtlinge und den tatsächlichen Belastungen vor Ort orientieren. Umso wichtiger ist es, dass kommunale und landespolitische Entscheidungsträger wie in Nordrhein-Westfalen an einem Strang ziehen.“

Folgende Zuweisungen erhalten die Kommunen im Kreis Wesel:

Alpen: 382.195 Euro (setzen sich zusammen aus 61.796 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 320.398 Euro vom Land NRW)

Dinslaken: 1.668.684 Euro (setzen sich zusammen aus 269.696 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln sowie 1.668.684 Euro vom Land NRW)

Haminkeln: 871.621 Euro (setzen sich zusammen aus 140.945 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 730.676 Euro vom Land NRW)

Hünxe: 447.631 Euro (setzen sich zusammen aus 72.387 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 375.244 Euro vom Land NRW)

Kamp-Lintfort: 991.582 Euro (setzen sich zusammen aus 160.284 vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 831.297 Euro vom Land NRW)

Moers: 2.570.559 Euro (setzen sich zusammen aus 415.397 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 2.155.162 Euro vom Land NRW)

Neukirchen-Vluyn: 740.652 Euro (setzen sich zusammen aus 137.147 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 603.505 Euro vom Land NRW)

Rheinberg: 842.421 Euro (setzen sich zusammen aus 136.772 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 705.648 Euro vom Land NRW)

Schermbeck: 443.879 Euro (setzen sich zusammen aus 72.687 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 371.191 Euro vom Land NRW)

Sonsbeck: 284.667 Euro (setzen sich zusammen aus 46.015 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 238.662 Euro vom Land NRW)

Voerde: 934.203 Euro (setzen sich zusammen aus 153.377 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 780.825 Euro vom Land NRW)

Wesel: 1.619.693 Euro (setzen sich zusammen aus 261.792 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 1.357.901 Euro vom Land NRW)

Xanten: 611.622 Euro (setzen sich zusammen aus 96.618 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 515.004 Euro vom Land NRW)

Kreis Wesel: 6.199.182 Euro (setzen sich zusammen aus 1.006.929 Euro vom Land zur Verfügung gestellten Bundesmitteln und 5.192.252 Euro vom Land NRW)

Hintergrund:

In Nordrhein-Westfalen wird seit dem Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine Großartiges in den Kommunen geleistet. Mehr als 220.000 Menschen aus der Ukraine wurden inzwischen in Nordrhein-Westfalen aufgenommen. 100.000 Kinder mit offiziellem Flüchtlingsstatus werden an nordrhein-westfälischen Schulen unterrichtet. Integration wird in Kindertagesstätten, in Vereinen und dank vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer vor Ort ermöglicht. Gleichzeitig gibt es weiterhin steigende Migrationszahlen aus anderen Ländern. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 40.000 Asylsuchende aus anderen Ländern aufgenommen und untergebracht. In einer gemeinsamen Vereinbarung von Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden haben sich Land und Kommunen Ende September darauf verständigt, dass das Land weitere 3000 Plätze in Landeseinrichtungen schaffen und den Kommunen für 2023 weitere 808 Millionen Euro Unterstützung für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zuweisen wird.